



Industrie- und Handelskammer
Hannover

Presseinformation

Ansprechpartner: Dr. Horst Schrage
Telefon: (0511) 3107-279
Telefax: (0511) 3107-410
E-Mail: schrage@hannover.ihk.de

71/08 vom 5.12.2008

Nach Urteil des Verwaltungsgerichts zweite Stufe der Umweltzone stoppen

Die IHK Hannover fordert nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover vom 4. Dezember die Landeshauptstadt auf, die zweite Stufe der Umweltzone zu stoppen. Tritt die Vorgabe wie geplant in Kraft, dürfen ab 1. Januar 17 Prozent aller Nutzfahrzeuge in der Region Hannover nicht mehr in die Umweltzone fahren.

Die Entscheidung des Verwaltungsgericht hat nach den Worten des stellvertretenden IHK-Hauptgeschäftsführers Dr. Horst Schrage den grundlegenden Konstruktionsfehler der Umweltzone deutlich gemacht: Die Kennzeichnungsverordnung, nach der die Fahrzeuge eingeteilt und mit roten, gelben oder grünen Plaketten versehen sind, wurde nach Feinstaubgesichtspunkten entwickelt. „Darüber spricht heute niemand mehr,“ so Schrage. Nach einer Studie des Gewerbeaufsichtsamts in Hildesheim liegt die Verringerung der Feinstaubbelastung seit Einführung der Umweltzone im Januar dieses Jahres unter einem Prozent – und damit im Bereich der Messtoleranzen. Andere Analysen über die Umweltzonen in Berlin und Köln kommen zum gleichen Ergeb-

nis. Es gilt als erwiesen, dass das Wetter die zentrale Ursache für die Überschreitungen der Feinstaubwerte ist. Das zeigen die Messungen der vergangenen Jahre deutlich.

„Auch wenn man, wie es die Stadt jetzt offensichtlich macht, die Senkung der Stickoxidwerte als Ziel der Umweltzone ausgibt, ist die Frage offen, ob die Fahrverbote in der Landeshauptstadt überhaupt dazu beitragen,“ sagte Schrage. Dies habe auch das Verwaltungsgericht genau so gesehen. „Das Gericht hat die zweite Stufe nur deshalb nicht ausgesetzt, weil die Fahrzeugflotte eines der Kläger gelbe Plaketten hat, die im kommenden Jahr noch in der Umweltzone fahren dürfen. Fahrzeuge mit roter Plakette sind aber jetzt betroffen.“ Schrage forderte die Stadt auf, ein pragmatisches Zeichen zu setzen und die Umweltzone auszusetzen. Die Zone sei ökologisch wirkungslos und schädlich - gerade für den Mittelstand.

Die jetzt betroffenen Fahrzeuge mit roter Plakette, das sind nahezu alle Nutzfahrzeuge, die bis zum Jahr 2001 neu zugelassen wurden, müssten jetzt im Wert drastisch abgeschrieben werden. Sie lassen sich nun nicht mehr zu einem vernünftigen Preis verkaufen, und für ein neuwertiges Fahrzeug oder einen Neuwagen fehlt vielen Betrieben zurzeit das Geld.

„Keine andere Stadt in Deutschland mutet den Bürgern und Unternehmern eine solche Belastung zu“, so Schrage. „Hannover hat ab 1. Januar 2009 ohne Not und wider besseren Wissens die schärfsten Grenzwerte für eine Umweltzone.“